

von der entgegengesetzten Seite aufgenommen werden, sind sie nicht richtig geworden; denn sie beruhen auf irrigen Voraussetzungen.

Es ist schon grundsätzlicher, wenn in dieser Debatte immer von vier Ministerien gesprochen wird. In Wirklichkeit bleiben alle bisherigen Ministerien bestehen, der ganze Behördenapparat bleibt ebenfalls, und am Beamtenkörper wird nichts abgebaut. Nur die oberste Leitung wird aufgemengelt. Das ist eine rein verwaltungsmäßige Maßnahme, keine irgendwie politische Maßnahme. Sie geschieht niemandem zuliebe und keinem aufseide. Der Antrieb dazu kommt lediglich aus staats- und finanzpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen. Aber die sozialen Verpflichtungen des Staates, wie sie in Gesetzen und Verordnungen festgelegt sind, werden nicht im geringsten angetastet; den Hilfsbedürftigen wird kein Pfennig entzogen und der Waise, den notleidenden Schichten der Bevölkerung von Staats wegen nach besten Kräften zu helfen, bleibt unverändert derselbe. Das Gebiet der sozialen Fürsorge ist beim Innenminister in ebenso guten Händen wie bei irgend einem Arbeitsminister, den die Parteien empfehlen könnten. Ueber die Frage, ob er die neuen Aufgaben zu seinen bisherigen übernehmen kann, ob er damit nicht überfordert wird, kann er am besten selbst entscheiden, und er hat bereits entschieden, indem er sich zur Mitverwaltung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums bereit erklärte. Die Zusammenfassung der verwandten Ressorts wird um so leichter gelingen, wenn man in der Besetzung der Vorstände der Schiedlichen Devisenkasse weitermacht und die Geschäfte der laufenden Verwaltung aus den Ministerien weitgehend in die unteren Instanzen verlegt. Vorläufig aber sollte man wenigstens den gutgemeinten Versuch zulassen und sehen, ob es so geht. Denn nach den Umständen ist ein eigener Arbeitsminister in Person nur eine Fassade nach außen,

während im Innern der sozialpolitischen Verwaltung durch sein Dasein nichts gebessert und nichts verschlechtert wird. Die entgegengesetzte Auffassung entspringt dem Irrtum, daß die Ministerien irgendwelche Interessenvertretungen seien und daß demgemäß das Arbeitsministerium, weil es so heißt, die Belange der werktätigen Massen zu vertreten habe, während das Wirtschaftsministerium vielleicht die Unternehmerinteressen vertrete. Davon kann aber keine Rede sein. Ministerien sind, wie es in der Schiedlichen Devisenkasse heißt, nur Teile einer einheitlichen Regierungsgewalt, wobei es völlig gleich bleibt, ob bestimmte Angelegenheiten durch das Ministerium A oder B bearbeitet werden. Es widerstrebt sogar dem Staatsgedanken, konkurrierende Ministerien für die Interessenvertretung der verschiedenen Volksschichten zu schaffen. Darum hat in den engen sachlichen Verhältnissen weder ein Sonderministerium für die Arbeit noch ein solches für die Wirtschaft staatspolitische Existenzberechtigung; beide gehören vielmehr in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, und eine gewisse Arbeitsteilung ist bei der jetzigen Regierungsabteilung bereits durch die Anliederung der Wirtschaftspolitik an das Finanzministerium vorgenommen worden.

Man sollte also ruhig den Versuch mit dieser Regelung machen. Wenn sie sich wider Erwarten nicht bewähren sollte, dann könnte man ja immer noch über eine Aenderung reden. Aber die Folgerung der Vandalenart aus dieser verwaltungsrechtlichen Meinungsverschiedenheit würde niemandem verfallen. Außerhalb der weiß-grünen Grenzspalte würde man uns anlachen und sagen, daß wir mit Kanonen nach Spagien schießen. Darum kann man, wenn auch die Entwicklung zu diesem Ausgang zu treiben scheint, kaum daran glauben, und man möchte bis zur letzten Stunde auf eine glückliche Wendung hoffen, die es verhindert, daß das Unglückliche in Sachen wieder einmal Ereignis wird.

Abreise des Außenministers nach Genf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Mai. Heute Abend verläßt der Reichsaußenminister Dr. Curtius die Reichshauptstadt, um sich zu den Verhandlungen des Völkerbundrates nach Genf zu begeben. Der Reichsaußenminister wird begleitet von dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Waus und Geheimrat Weisäcker. Die Tagung des Rates beginnt in Genf, wie schon kurz gemeldet, am Montag. Der Völkerbundrat hatte vor einiger Zeit auf einen englischen Antrag, den noch der verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann unterstützt, die Zahl der Völkerbundtagungen pro Jahr auf drei beschränkt. Dieser Antrag wurde auch deshalb von deutscher Seite unterstützt, weil es einmal im Interesse des Völkerbundes selbst lag, zu zahlreichen Beratungen zu vermeiden und weit zum anderen die große Zahl der Tagungen dazu geführt hätte, daß zuletzt überhaupt kein ausreichender Beratungsstoff mehr vorhanden war. Die diesmalige Tagung enthält keine Punkte von großer politischer Bedeutung.

Die Tagung dient im wesentlichen dem Zweck, die Arbeitsergebnisse des vergangenen Jahres zu sammeln und zu sichten, um sie dann der Bunderversammlung im Herbst zu präsentieren. Es handelt sich im wesentlichen um die Ergebnisse der wirtschaftlichen Konferenzen im Winter dieses Jahres. Der Rat wird aber keine materielle Beratung der Probleme vornehmen. Möglicherweise wird der Reichsaußenminister Dr. Curtius, der ja zum ersten Male sich nach Genf begibt, sich zu den Fragen, die mit dem Völkerbundvertrag zusammenhängen, äußern, namentlich unter Bezug auf die Angriffe, die von seinen Vorgesetzten gegen die jünste deutsche Völkerbundgesetzgebung gerichtet worden waren. Die Fragen, die sich auf die Sicherheit und die Abrüstung beziehen, sind lediglich formalen Natur. Die Ansetzung eines Termins für die nächste vorbereitende Abrüstungskonferenz gehört nicht zum Kompetenzkreis dieser Völkerbundversammlung. Im übrigen ist ein Termin bereits durch den Präsidenten der Abrüstungskommission festgelegt worden, ein Termin, der durch seine späte Ansetzung den Absichten und Interessen der deutschen Regierung wenig entspricht.

Auf der Tagesordnung der Völkerbundtagung stehen ferner noch einige oberfachliche Minoritätenfragen, bei denen es sich um Punkte handelt, die sich zum Nutzen des Deutschlands in Oberschlesien werden entscheiden lassen.

Kranzniederlegung am Grab Stresemanns

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Mai. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Schubert, wird sich heute nachmittags zum Grab Dr. Stresemanns begeben, um anfänglich des 52. Geburtstages des verstorbenen Außenministers einen Kranz niederzulegen.

Terror gegen die amerikanische Negerbewölkerung

Ein Lynchmord im Staat Texas

Kuvin (Texas), 10. Mai. In Sherman im Staat North-Carolina verlangte die Volksmenge die Auslieferung eines Negeres, der im dortigen Gerichtsgefängnis saß, um ihn zu lynchen. Als die Auslieferung verweigert wurde, begoß die Volksmenge das Gerichtsgefängnis mit Benzin und steckte es in Brand. Als der Sturm auf das Gefängnis einsetzte, stellten die Gefängnisbeamten den verhafteten Neger vor die Wahl, ob er versuchen wolle zu flüchten, oder ob er sich lieber zu jenem Tode in den Dokumentenregal des Gerichtes einschließen lassen wolle. Der Neger zog es vor, sich hinter die Stahltür des Tresors zurückzuziehen, wo er dann während des Brandes, vermutlich

infolge Erschöpfung und Leben gekommen ist.

Mit dem Tode des Opfers war aber, wie ergänzende Meldungen feststellen, der Wut der Menge noch nicht Genüge geschehen. Wegen Mitternacht drang die Menge in die Räume des niedergebrannten Gebäudes ein. Die Tresortür wurde unter Zuhilfenahme von Dynamit und Acetylen-Schnelzbrennern erbrochen und die Leiche aus dem zweiten Stock des Gerichtsgebäudes in den Hof hinabgeworfen, was die Verammelten, zu denen auch viele Frauen gehörten, mit Jubelrufen und Handklatschen bezeugten. Damit noch nicht genug,

befehlige man die Leiche mit einer Kette an einem Auto, das sie durch die Straßen der Stadt schleifte.

Der Gouverneur des Staates Texas hat sich veranlaßt gesehen, 225 Mann Nationalgarde, die mit Maschinengewehren und Tränengasbomben ausgerüstet sind, nach Sherman zu entsenden, da man befürchtet, daß es nunmehr zu schweren Ausschreitungen gegen die gesamte Negerbewölkerung

kommen wird. Ein größeres Truppenaufgebot wird zur Zeit mobilisiert und bereitgestellt, um im Bedarfsfalle ebenfalls sofort nach Sherman abzulegen.

Die Negerbewölkerung von Sherman beginnt heute zu fliehen, da die Lage im Ort immer bedrohlicher wird. Die Straßen werden von den tobenden Völkermassen hebergscht, die mit der Einschüchterung der ganzen Stadt drohen. Als Vorzeichen wurde heute das Geschäft eines Negeres in Brand gesteckt, um als Scheiterhaufen für den gestern Ermordeten zu dienen. Während der Nacht ist es zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen der Nationalgarde und der Masse gekommen.

Vollhafter v. Wittwik - amerikanischer Ehrenbürger

Washington, 10. Mai. Vollhafter v. Wittwik wurde heute in Kolumbien (Missouri) von der Universität von Missouri die Würde eines Ehrendoktors der Rechte verliehen. Der Vollhafter hielt bei dieser Zeremonie einen Vortrag über die Aufgaben der Diplomatie. Am Abend folgte v. Wittwik einer Einladung des journalistischen Seminars der Universität, das zur Zeit eine einwöchige Tagung für Journalisten abhält, und behandelte das Thema „Die Presse in den internationalen Beziehungen“. Anschließend überreichte der Vollhafter dem Seminar, dem ältesten dieser Art in den Vereinigten Staaten, als Geschenk des Reichsverbandes der Deutschen Presse und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger fünf letzte alte deutsche Zeitungen aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts für die Seminarbibliothek.

Willi Klare hat die Kautien zusammen

Berlin, 10. Mai. Willi Klare hat heute mittag die 50 000 Mark Kautionsumme bei seinen Freunden aufgebracht und der Betrag ist sofort von seinem Rechtsanwalt bei der Gerichtskasse hinterlegt worden, so daß der Haftentlassung kein Hindernis mehr entgegensteht.

Bei Menschen mit unregelmäßiger Herzrhythmik schafft ein Glas natürliches „Frank-Josef“-Wasser. täglich früh nüchtern genommen, mühelosen, leichten Stuhlgang herbeizuführen und zu dem Ergebnis gelangt, daß selbst bei schwereren Formen der Klappenseher das Frank-Josef-Wasser sicher und ohne jegliche Beschwerde wirkt. Es ist in Apotheken und Drogerien erhältlich.

Ministerpräsident Schief an die scheidenden Minister

Ministerpräsident Schief hat an die ausscheidenden drei Minister folgende Schreiben gerichtet:

An Ministerpräsident Bänger:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Nachdem ich die am 6. d. M. erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen und die Neubildung des Gesamtministeriums vollzogen habe, scheidet Sie mit dem heutigen Tage auch aus Ihren Ämtern aus.

Es ist mir ein herrliches Bedürfnis, Ihnen bei dieser Gelegenheit den Dank der Staatsregierung und des sächsischen Volkes zum Ausdruck zu bringen für die hervorragenden Dienste, die Sie in Ihrer Eigenschaft als Ministerpräsident und Staatsminister geleistet haben. Nach langjähriger Tätigkeit als Beamter im preussischen und Reichsdienst sind Sie erstmalig vom 3. Januar 1924 bis zum 20. Juni 1927 als Justizminister und danach vom 1. Februar 1929 ab als Minister für Volksbildung an entscheidenden Stellen tätig gewesen und haben schließlich seit dem 25. Juni 1929 als Ministerpräsident die sächsische Politik verantwortlich geleitet. In allen diesen Stellungen haben Sie sich durch Ihre vorbildliche Amtsführung und die Ueberzeugungstreue, mit der Sie Ihre Entschlüsse vor der Öffentlichkeit vertragen, das Vertrauen der weitesten Volksschichten erworben. Ich bedauere es aufrichtig, daß es mir die Umstände nicht gestatten, Ihre hervorragende Arbeitskraft und Ihre wertvollen persönlichen Eigenschaften in der von mir gebildeten neuen Regierung weiter zu verwerten. Ich gebe aber der Hoffnung Ausdruck, daß Sie Ihre reichen Gaben, Ihre großen Erfahrungen und Ihre unermüdbare Schaffenskraft noch lange an wichtiger und verantwortungsvoller Stelle im Dienst der Allgemeinheit stellen können.

An Minister Dr. Krug von Nidda und von Falkenstein:

Sehr verehrter Herr Minister! Nachdem ich die am 6. d. M. erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen und die Neubildung des Gesamtministeriums vollzogen habe, scheidet Sie mit dem heutigen Tage aus Ihrem Amt als Wirtschaftsminister aus.

Ich kann diesen Zeitpunkt nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen für die Arbeit, die Sie als Wirtschaftsminister

dem Freistaat Sachsen geleistet haben, den Dank der Staatsregierung auszusprechen. Nach einer langen und besonders erfolgreichen Tätigkeit als Staatsbeamter haben Sie sich, obwohl Sie sich bereits im Ruhestand befanden, im Juli 1927 dem Staate wieder zur Verfügung gestellt, als der damalige Herr Ministerpräsident Sie das Vertrauen an Sie richtete, in seine Regierung einzutreten. Seit der Zeit haben Sie das Ihnen anvertraute Wirtschaftsministerium mit unermüdbarer Treue und unbereitbarem Erfolge geleitet und sich nach Kraft bemüht, die schwer um Ihre Existenz ringende sächsische Wirtschaft zu stärken, soweit dies mit Mitteln des Staates in der letzten Zeit überhaupt möglich war. Ihre Verdienste, die Sie sich damit um das Allgemeinwohl erworben haben, werden Ihnen immer unvergessen bleiben.

Ich bedauere es aufrichtig, daß es nicht möglich war, Sie als Mitarbeiter der neuen Regierung zu erhalten, gebe mich aber der Hoffnung hin, daß es Ihnen noch lange Zeit in körperlicher und geistiger Frische vergönnt sein möge, auch im Privatleben zum Wohle der sächsischen Landwirtschaft und zum Nutzen des Ganzen zu schaffen und zu wirken.

An Minister Weber:

Sehr geehrter Herr Minister! Nachdem ich die am 6. Mai erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen und die Neubildung des Gesamtministeriums vollzogen habe, scheidet Sie mit dem heutigen Tage aus Ihrem Amt als Finanzminister aus.

Seit der damaligen Ministerpräsidenten Sie erstmalig am 13. Januar 1927 in sein Kabinett berufen hat, haben Sie diesem Kabinett und dem danach von Herrn Dr. Binger geleiteten Kabinett angehört. Sie haben sich trotz aller Schwierigkeiten mit unermüdblichem Fleiß und vollem Erfolge darum bemüht, die Finanzen des Staates in Ordnung zu halten. Ihrer Tapferkeit ist es auch gelungen, dem Landtag für das laufende Haushaltsjahr einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen. Für die großen Dienste, die Sie damit dem sächsischen Staate geleistet haben, spreche ich Ihnen auch an dieser Stelle den aufrichtigsten Dank der Staatsregierung aus.

Ich gebe dabei der Hoffnung Ausdruck, daß Ihnen beschiedenen sein möge, auch weiterhin im öffentlichen Leben und besonders in Ihrer Stellung als Landtagsabgeordneter zum Wohle des Landes zu wirken.

Die Beratung des Reichsjustizrats

Berlin, 10. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Sonnabend der Haushalt des Reichsjustizministeriums behandelt.

Abg. Herzt (Dnat.) fragte als Berichterstatter, welche gesetzlichen Maßnahmen das Reichsjustizministerium zur Entlastung des Umschuldungstermins am 1. Januar 1932 zu treffen gedente.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) kritisierte, daß die Amnestie auf die wegen Hochverrats verurteilten Kommunisten nicht angewandt werde.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) erklärte eine Erschwerung der Strafverhandlungen in dem Wechsel der Reichsjustizminister. Ausführlicher ging Abgeordneter Dr. Bell auf das internationale Recht ein und bat um eine Auskunft über den gegenwärtigen Stand des internationalen Urheberrechts.

Aber die Verlängerung der Schutzfrist usw. Im Interesse aller Kulturstaaten liegt es, wenn eine mögliche Rechtsangleichung geschaffen würde. Daher würde sich Deutschland ein Verdienst erwerben, wenn es in dieser Hinsicht mit Anregungen in Form bestimmter Vorschläge vorginge. Die Erfahrungen aus dem Weltkrieg zeigten, daß sich alle Staaten Verletzungen des Urheberrechts haben zuschulden kommen lassen, an deren Verhütung für die Zukunft alle Kulturstaaten dringend interessiert seien.

Abg. Herzt (Dn.) sprach sich für eine allgemeine Amnestie für alle aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten aus.

Sein Fraktionskollege Dr. Eversing habe einen entsprechenden Antrag im Plenum eingebracht. Allerdings betonte er, daß die Zustimmung der Deutschnationalen zu einer Amnestie abhängig sei von der vollständigen Einbeziehung der sogenannten Fremdmörder.

Abg. Marum (Zos.) glaubte, daß zu einer Generalamnestie keine Veranlassung bestehe. Es sei dringend notwendig, jungen Blut in die Reichsgerichtsbarkeit zu bringen.

Reichsjustizminister Dr. Preht erklärte, daß es wohl verlorene Mühe sein würde, die Herzen von der SPD. davon zu überzeugen, daß es eine Klassenjustiz in Deutschland nicht gibt. Der Reichstag kann nur dasjenige Recht anwenden, das heute gilt. Wenn das neue Strafrecht, das noch im Stadium der Auskulturbewertungen ist, gerade mit Bezug auf die Vorbereitung des Hochverrats Aenderungen in Aussicht nimmt, so ist es unmaßlich, daß der Reichspräsident das Reichsgericht schon das künftige Recht zugrunde gelegt wird. Was den Fall des Reichsausschußes anlangt, so müssen wir erst den Ausgang des Neuwahlverfahrens abwarten, ehe wir Stellung nehmen können. In der Frage der Reform des Aktienrechts sind die Vorarbeiten nunmehr soweit

fortgeschritten, daß für die nächsten Monate die Fertigstellung eines Entwurfs in Aussicht gestellt werden kann. Dieser Entwurf wird veröffentlicht werden, um die allgemeine Kritik anzuregen. Ueber die

Ausdehnung der Urheberrechtsfrist von 30 auf 50 Jahre wird dem Reichskabinett bald eine Denkschrift zugehen. Vielleicht wird es möglich sein, gleichzeitig darüber schlüssig zu werden, inwieweit die Ergebnisse der Romkonferenz zu gelegentlichen Aenderungen Anlaß geben. Genaueres läßt sich aber darüber zur Zeit noch nicht sagen. Die Behandlung der Frage einer Amnestie ist Sache des Reichsausschusses, dem bereits ein entsprechender Antrag vorliegt. Wenn der Wunsch besteht, daß diese Frage doch bald behandelt wird, dann soll es an mir nicht fehlen.

Abg. Dingeldey (D.Vp.) erklärte, daß bei seinen Fraktionsfreunden gegen eine allgemeine Amnestie lebhafteste Bedenken beständen. Im Rahmen der juristischen Rechtsformen müsse auch die Frage der gerichtlichen Vergleichsverfahren behandelt werden. Das Reichsgericht sei ersprecherweise wieder aus dem Streit der Parteien herausgerückt.

Abg. François (Wirtsch.-P.) begrüßte die Bestrebungen zur Herbeiführung einer Amnestie, da er es für notwendig hielt, endlich einmal einen Schlussstrich unter die Nachkriegszeit zu ziehen.

Abg. Herzt (D.-N.) hielt es für notwendig, in Bezug auf die Reform des Aktienrechts nicht etwa eine Rotlösung vorwegzunehmen, sondern zu einer Gesamtlösung zu kommen.

Frau Abg. Dr. Lüders (Dem.) beantragte Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Aenderung des Ehestandesrechtes in Anlehnung an die Vorlage des Rechtsausschusses des Reichstages. Ferner beantragte die Rednerin Reform des Familienrechtes, die der veränderten Staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frau entspricht.

Die Defizitdeckung in Preußen

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im preussischen Landtag nahmen die Besprechungen über die Deckung des Haushaltsfehlbetrages ihren Fortgang. Das Zentrum hat nunmehr seine Bereitwilligkeit erklärt, dem Vorschlag des Finanzministers auf Verwendung der Grundvermögensteuer beizustimmen. Das Zentrum forderte, daß Sicherungen gegeben werden, daß der Hausbesitz keine Mehrbelastung erfährt. Die Beratungen wurden noch nicht abgeschlossen. Sonnabend nachmittag wird erneut eine interfraktionelle Besprechung stattfinden.

